

Niederschrift Nummer UBV/11/014

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr	28.09.2016

Sitzungsort	Sitzungsdauer
Ratssaal des Ratstraktes	17:00 - 19:03 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Marco Morten Pufke

Schriefführer:

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Herr Dirk Haverkamp	ordentl. Mitglied	
Herr Dieter Kress	ordentl. Mitglied	
Herr Klaus Kuhlmann	ordentl. Mitglied	
Frau Simone Leuthold-Haverkamp		für ordentl. Mitglied Manuela Veit
Herr Christian Pollack	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Kay Schulte
Herr Hartmut Ramin	ordentl. Mitglied	
Herr Uwe Reichelt	stv. Vorsitzender	
Herr Andre Rocholl	ordentl. Mitglied	
Herr Wolfgang Scholz	ordentl. Mitglied	
Frau Monika Wernau	ordentl. Mitglied	

Christlich Demokratische Union

Herr Karl-Otto Goerd	ordentl. Mitglied
Herr Gerd Miller	ordentl. Mitglied
Herr Marco Morten Pufke	Vorsitzender

Herr Martin Strunk	ordentl. Mitglied
--------------------	-------------------

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gökhan Kabaca		
Herr Bernhard Salfer	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Oliver Schröder

BergAUF

Herr Werner Engelhardt	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Claudia Thylmann
------------------------	---------------	--

Von der Verwaltung nehmen teil:

Herr Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters	Erster Beigeordneter
Herr Thomas Reichling	Amtsleiter
Herr Heiko Busch	Techn. Angestellter
Herr Falk Stankowski	Amtsleiter, zugleich Schriftführer

Entschuldigt fehlen

Herr Dennis Riller	stv. Mitglied
Herrn Oliver Schröder	ordentl. Mitglied
Herr Kay Schulte	ordentl. Mitglied
Frau Claudia Thylmann	ordentl. Mitglied
Frau Manuela Veit	stv. Mitglied

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Lärmsanierung an der Hamm-Osterfelder-Bahnlinie in Bergkamen hier: Durchführung einer schalltechnischen Untersuchung durch die DB Netz AG	11/0681
2	Abschlussbericht zur "Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz" und Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes	11/0674
3	Zukunft des Nordbergs - Sachstand zu den Maßnahmen aus den Beteiligungsverfahren sowie zur Sanierung des "Blauen Bandes" -	11/0691
4	Antrag der CDU-Fraktion: Rechtsinstrumente beim Umgang mit verwaorlosten Immobilien	11/0693
5	Antrag der CDU-Fraktion: Sanierung der Schachtstraße; hier: Variante 3 der Markierungsarbeiten aus Vorlage 10/1441	11/0692
6	Einwohnerfragestunde	
7	Anfragen und Mitteilungen	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:**Tagesordnungspunkt 1:****Lärmsanierung an der Hamm-Osterfelder-Bahnlinie in Bergkamen****hier: Durchführung einer schalltechnischen Untersuchung durch die DB Netz AG****Vorlage: 11/0681**

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters betont, dass die DB Netz AG bei der Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen in die Pflicht genommen werde. Die Verwaltung nehme die Sorgen der vom Bahnlärm betroffenen Bürger in Oberaden und Overberge sehr ernst. Die Verwaltung werde im Sinne der Bürger handeln und er sehe die Verwaltung als Anwalt der Bürger. Er weist jedoch darauf hin, dass es sich bei der Durchführung der schalltechnischen Untersuchung der DB Netz AG, um eine freiwillige Maßnahme handele, da eine zwingende gesetzliche Verpflichtung nicht bestehe.

Herr Busch erläutert den Inhalt der schalltechnischen Untersuchung der DB Netz AG an der Hamm-Osterfelder-Bahnlinie anhand einer Präsentation.

Stadtverordneter Reichelt bedankt sich für den Vortrag. Er betont nochmals, dass es keine Rechtsnorm für die verpflichtende Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen an der Hamm-Osterfelder-Bahnlinie gäbe. Die am 26.09.13 vom Rat gefasste Resolution mit der Aufforderung zur Durchführung von Lärminderungsmaßnahmen an der Hamm-Osterfelder-Bahnlinie sei aus seiner Sicht demnach ein Auslöser für die Untersuchung der DB Netz AG. Politik und Verwaltung würden den Inhalt der Untersuchung kritisch prüfen und eine Umsetzung der Maßnahmen zum Wohle der Bürger fordern.

Stadtverordneter Miller fragt an, ob die DB Netz AG Kenntnis von der Wasserstadt Aden habe und ob die Wasserstadt bei der Umsetzung von schalltechnischen Maßnahmen berücksichtigt werde.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters antwortet, dass er oft zu diesem Thema angesprochen werde. Der Schallschutz sei bei der Bauleitplanung voll berücksichtigt worden. Durch entsprechende Gutachten sei die Einhaltung der zulässigen Schallschutzwerte nachgewiesen worden. Die gesunden Wohnverhältnisse seien in der Wasserstadt garantiert. Auch für die Bestandsbebauung werde es keine Verschlechterung durch Schallimmissionen geben. Trotz der Freiwilligkeit zur Umsetzung von Maßnahmen pocht er auf eine Schallminderung z.B. durch Verbesserung der Achsentchnik und durch Maßnahmen an der Güterstrecke.

Stadtverordneter Engelhardt merkt an, dass der Zugverkehr in den Nachtstunden als größte Belastung gesehen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr des Rates der Stadt Bergkamen nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 2:

Abschlussbericht zur "Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz" und Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes

Vorlage: 11/0674

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters bedankt sich bei allen Ratsfraktionen für den konstruktiven und spannenden Dialog im Rahmen des Runden Tisches „Einstiegsberatung kommunaler

Klimaschutz“. Mit der Einstiegsberatung hätten Verwaltung und Politik kommenden gesetzlichen Verpflichtungen vorgegriffen. Die Kosten für die Einstiegsberatung seien zu 85 % durch Fördergelder abgedeckt. Er richtet sich an den Ausschuss mit der Bitte, den Beschlussvorschlag positiv zu begleiten.

Herr Pöhlker von der Firma Infas Enermetric erläutert anhand einer Präsentation die gesetzlichen Grundlagen und den Inhalt der Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz. Die Verwaltung habe mit Infas Enermetric unterschiedliche Handlungsfelder erarbeitet. Der nächste Schritt sei die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes mit den Empfehlungen aus der Einstiegsberatung.

Vorsitzender Pufke bedankt sich für den Vortrag. Nach der erfolgten Einstiegsberatung müsse jetzt an einer Umsetzung gearbeitet werden. Er favorisiere die Handlungsfelder, die die Verwaltung bzw. Stadt selbstständig durchführen könne. Weiterhin solle die Stadt auch Dritte für Klimaschutzmaßnahmen begeistern.

Stadtverordneter Engelhardt sehe als wichtigsten Punkt die Verringerung des CO₂ Ausstoßes. In den Köpfen müsse auch ein Paradigmenwechsel stattfinden, da auf der einen Seite mit kleinen Maßnahmen eine Verringerung von schädlichen Immissionen erreicht werde und auf der anderen Seite werde ein fossiles Kraftwerk in Datteln errichtet. Die Stadt solle sich klar gegen solche klimaschädlichen Vorhaben positionieren.

Stadtverordneter Reichelt gibt zu bedenken, dass es nur eine Welt gäbe und diese solle erhalten werden. Jeder Einzelne solle einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Der Runde Tisch mit dem parteiübergreifenden Dialog und die Einbeziehung der Verwaltung sei eine gelungene Sache. Er freue sich auf den nächsten Schritt und rechne mit positiven Auswirkungen für die Stadt Bergkamen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr des Rates der Stadt Bergkamen nimmt den Bericht zur Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung einen Förderantrag gemäß der Kommunalrichtlinie des Bundes zu stellen, ein geeignetes Beratungs- bzw. Ingenieurbüro zu beauftragen und ein integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Bergkamen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 3:

Zukunft des Nordbergs

- Sachstand zu den Maßnahmen aus den Beteiligungsverfahren sowie zur Sanierung des "Blauen Bandes" -

Vorlage: 11/0691

Herr Reichling erläutert anhand einer Präsentation den Sachstand zur Weiterentwicklung des Nordbergs.

Vorsitzender Pufke fragt an, in welcher Form und mit welchem Ergebnis die Leerstandeigentümer angesprochen worden seien.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erläutert, dass die Leerstandeigentümer aus unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung angesprochen worden seien. Ein Feedback der Leerstandeigentümer sei sehr gering ausgefallen, daher habe sich der Ausschuss für Umwelt Bauen und Verkehr am 19.05.2015 und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Strukturwandel und Wirtschaft am 12.05.2016 jeweils mit Stimmenmehrheit gegen eine zweipolige Bergkamener Mitte entschieden. Größere Investitionen werde es auf Grund dieser Beschlussfassung nicht mehr geben. Die Verwaltung werde allerdings weiterhin Maßnahmen zur Verbesserung/Erhaltung der Straßenbeläge und zur Sicherung der Verkehrssicherheit durchführen.

Stadtverordneter Engelhardt erklärt, die Fraktion BergAUF werde den Antrag bis auf zwei Ausnahmen unterstützen. Die Standorte der Bushaltestellen seien aus seiner Sicht aus Verkehrssicherheitsaspekten schlecht gewählt. Die Haltestellen sollten außerhalb des Kurvenbereichs angelegt werden. Zudem spreche er sich gegen eine Komplettsanierung des „Blauen Bandes“ aus.

Herr Reichling begründet den Standort der Haltestellen mit der Lage des vorhandenen Zebrastreifens. Die Busse halten vor dem Zebrastreifen. Es sei gewollt, dass die PKWs hinter den Bussen warten. Man werde den Hinweis von Herrn Engelhardt prüfen und den genauen Standort mit der VKU abstimmen.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine nochmalige Überprüfung der Verwaltung hat ergeben, dass die Bushaltestelle "Ebertstraße" auf der südlichen Straßenseite (Fahrtrichtung Osten) wie ursprünglich geplant unmittelbar vor den Zebrastreifen auf die Fahrbahn verlegt wird.

Grundsätzlich lassen die einschlägigen Rechtsvorschriften (Straßenverkehrsordnung, Richtlinien zum Anlegen von Stadtstraßen) es ausdrücklich zu, Bushaltebereiche in der Fahrbahn anzulegen. Bei einer anzunehmenden Haltezeit des Busses von 20 - 30 Sekunden ist es den Kfz-Teilnehmern zuzumuten, dahinter zu warten. Negative Erfahrungen in Form von erhöhter Unfallhäufigkeit wurden weder im Stadtgebiet Bergkamen noch darüber hinaus im gesamten Land NRW festgestellt. Aktuell wurden solche Halteeinrichtungen sowohl bei der Fahrbahnsanierung in der Rünther Straße (innerorts, Zone 30) sowie an der Landwehrstraße im Bereich des Globus-Baumarktes (Landesstraße, außerorts, 50 km/h Höchstgeschwindigkeit) gewählt. Bei der Haltestelle "Ebertstraße" handelt es sich zudem um eine der wenigen im Stadtgebiet, die von den Bussen mit Warnblinkanlage angefahren werden. Somit darf sowohl der nachfolgende als auch der entgegenkommende Verkehr an diesem Fahrzeug höchstens mit Schrittgeschwindigkeit vorbeifahren. Auf eine in der Ausschusssitzung andiskutierte Mittelinsel kann daher aus Sicht der Verwaltung verzichtet werden. Zudem müsste hierfür die Fahrbahn verschwenkt bzw. verbreitert werden, was deutlich höhere Umbaukosten nach sich ziehen würde.

Gegen einen Verbleib bzw. Verlegung der Bushaltestelle auf der südlichen Straßenseite in den Bereich hinter die Kurve spricht im Wesentlichen das dortige starke Gefälle der Straße, das mobilitätseingeschränkte Personen (z. B. Senioren, Eltern mit Kinderwagen, Kinder, etc.) beim Ein- und Ausstieg stark behindern würde. Dadurch würde das eigentliche Ziel der

Haltestellenverlegung konterkariert, einen barrierearmen Zugang zu den Bussen zu ermöglichen.

Herr Salver bittet, das Pflaster vor Haus Elsner zu belassen. Bei der Sanierung des „Blauen Bandes“ solle auf eine vandalensichere Ausführung geachtet werden. Eine Sanierung könne auch mit alternativen Baustoffen, wie Epoxidharz ausgeführt werden. Insbesondere solle auch die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik berücksichtigt werden. Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass die Verwaltung einen Maßnahmenkatalog für den Nordberg erstellt habe. Die Politik müsse entscheiden, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Zum „Blauen Band“ fügt er hinzu, dass die Keramik erhalten werden solle. Die Kosten für die Maßnahme seien durch den Einbau von Standardfliesen überschaubar. Der Ausschuss werde über den genauen Kostenrahmen noch in Kenntnis gesetzt. Er spreche sich aber gegen den Einsatz von Epoxidharz aus, da die Optik und die Attraktivität des Blauen Bandes dadurch verlieren würde. Selbstverständlich werde auf die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik geachtet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr nimmt den Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen aus den Beteiligungsverfahren sowie zur Sanierung des „Blauen Bandes“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 4:

Antrag der CDU-Fraktion: Rechtsinstrumente beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien

Vorlage: 11/0693

Stadtverordneter Miller begründet den Antrag der CDU mit den aktuellen Ereignissen an der Jöckenhöfer Immobilie. Die Immobilie sei ein Schandfleck und die Verwaltung müsse alle Möglichkeiten zum Rückbau der Immobilie prüfen.

Stadtverordneter Reichelt erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er stellt klar, dass der Ausschuss und die Verwaltung durchaus wisse, wie mit Schrottimmobilen umzugehen sei. Ein Kauf komme aber nicht in Betracht, da Gelder für den Kauf von Schrottimmobilen nicht im Haushalt berücksichtigt worden seien.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters sehe es als selbstverständlich an, dass alle möglichen Rechtsinstrumente geprüft werden. Die Stadt Bergkamen habe einen sehr guten Ruf, wie in der Vergangenheit mit Schrottimmobilen umgegangen worden sei. Zum Beispiel habe man durch Instrumente aus dem Wohnungs- und Bauordnungsrecht den Wohnturm für unbewohnbar erklärt. Dies hat letztendlich den Weg für den Abbruch des Wohnturmes geebnet. Er stellt klar, dass ein Kauf der Immobilie nicht zur Diskussion stehe. Zum aktuellen Sachstand ergänzt er, dass der Eigentümer der Immobilie auf den britischen Jungferninseln ansässig sei. Dennoch habe man in Deutschland einen verlässlichen Ansprechpartner. Nach dem Einsatz der Feuerwehr habe die Bauaufsicht Kontakt zu der verantwortlichen Architektin aufgenommen. Daraufhin seien sofort alle losen Teile durch einen Dachdecker entfernt worden. Des Weiteren sei ein Statiker mit einem Gutachten beauftragt worden. Nach Aussage der Architektin werde mit einem Rückbau des gesamten Dachstuhls inklusive aller Aufbauten voraussichtlich noch im Oktober 2016 begonnen.

Stadtverordneter Engelhardt fragt, wer die Kosten für die vorhandenen Absperrmaßnahmen trage.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass der Verursacher die Kosten tragen werde.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der CDU-Fraktion: Sanierung der Schachtstraße; hier: Variante 3 der Markierungsarbeiten aus Vorlage 10/1441

Vorlage: 11/0692

Stadtverordneter Miller begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Die derzeitige Verkehrsführung der Schachtstraße führe in Teilbereichen zu erheblichen Engpässen insbesondere für ausrückende Feuerwehrfahrzeuge.

Stadtverordneter Reichelt für die SPD-Fraktion an, die Verwaltung solle die Situation vor Ort erneut prüfen.

Auf Anregung des Ausschussmitgliedes Kabaca sollen Anwohnerbelange mit einbezogen werden. Der Vorsitzende regt an, dass Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst zur aktuellen Situation befragt werden sollen. Auf Nachfrage des Vorsitzenden Pufke, ob der CDU-Antrag in dieser Sitzung nicht entschieden werden solle, erklärten sich sowohl Herr Miller als auch Herr Reichelt als Sprecher ihrer Fraktionen mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Abstimmungsergebnis: ohne

Tagesordnungspunkt 6:

Einwohnerfragestunde

Es ergeben sich keine Einwohnerfragen.

Tagesordnungspunkt 7:**Anfragen und Mitteilungen**

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters teilt dem Ausschuss mit, am 13.09.16 sei der Radschnellweg Ruhr (RS 1) Thema einer Konferenz in Düsseldorf unter der Leitung des NRW-Landesministers Michael Groschek gewesen. U. a. sei als Ergebnis festgehalten worden, dass durch eine Gesetzesnovelle der RS1 einer Landesstraße gleichgestellt werde. Daher gelte als Rechtsrahmen das Planfeststellungsverfahren nach dem Straßen- und Wegegesetz NRW. Auch die Finanzierung des RS 1 sei auf Bergkamener Stadtgebiet durch Bundesmittel gesichert. Die Planung und der Bau würden federführend von Straßen. NRW übernommen. Der Ausschuss werde über die weitere Entwicklung in Kenntnis gesetzt. Herr Salver fragt an, wie die Verwaltung die Bauvoranfrage Spielhalle Roggenkamp einschätze und wie mit den Mängeln am Busbahnhof (ZOB) umgegangen werde. Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters berichtet, dass die Spielhalle aus planungsrechtlicher Sicht nicht zulässig sei, da der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. OV 95 kerngebietstypische Spielhallen ausschließe. Die Verwaltung habe dem Antragsteller eine Anhörung vor Ablehnung zugestellt. Zum ZOB ergänzt er, dass die Verwaltung im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht auch den ZOB instand halten werde.

Marco Morten Pufke
Vorsitzender

Falk Stankowski
Schriftführer